



Türkische Polizei übt Selbstkritik

Istanbul (AFP) - Die zentrale türkische Polizeibehörde hat Gewalteinsetze der Sicherheitskräfte kritisiert und Konsequenzen angekündigt. Unangemessene Gewaltanwendung durch die Polizei dürfe es nicht geben, sagte der stellvertretende Polizeichef der Türkei, Ramazan Er, am Freitag vor Journalisten in Ankara. "Wir treten dafür ein, dass die Bürger ihre verfassungsmäßigen Rechte ausüben können", sagte Er, der auch als Pressesprecher der Behörde fungiert. Er bezog sich unter anderem auf einen Polizeieinsatz gegen demonstrierende Lehrer vor einigen Tagen in Istanbul. Die Polizei hatte Demonstranten getreten und geschlagen; zudem setzte sie Pfeffergas ein. *(Quelle: yahoo, 10.12.2004)*

Zeitung konfisziert

Die Lokalzeitung "Ararat'in Sesi", die im Kreis Döğubeyazıt (Agri) herausgebracht wird, wurde konfisziert, weil ein Foto von Abdullah Öcalan abgedruckt war. Betroffen war die Ausgabe vom 9. Dezember. Die Verfügung der Staatsanwaltschaft wurde mit § 312 TSG begründet. *(Quelle: Bia, 18.12.2004)*

Journalist mehrfach festgenommen

Berichte über den Journalisten Mustafa Benli, der als Chefredakteur der Zeitschrift "Hedef" seit 1998 in Haft war, sprechen davon, dass er nach seiner vorzeitigen Haftentlassung aufgrund des neuen Strafgesetzes drei Mal wieder in Polizeihaft genommen wurde. Im Verlauf des Todesfastens war er am Wernicke-Korsakoff-Syndrom erkrankt. Im Dezember wurde er nun wegen des geringeren Strafmaßes im neuen Strafgesetz aus dem Gefängnis vom Typ F in Edirne freigelassen. Beim Verlassen des Gefängnisses wurde er gleich in Polizeihaft genommen, aber nach ein paar Stunden wieder freigelassen. Er ging nach Çorum, wo er am 7. Dezember erneut festgenommen wurde. Erst nachdem klar wurde, dass auf ihn die Änderungen des § 312 TSG anzuwenden sind, wurde er freigelassen. Am 8. Dezember wurde Mustafa Benli erneut festgenommen, dieses Mal, weil er im Verfahren wegen der Operation in der geschlossenen Haftanstalt von Ankara noch keine Aussage gemacht hatte. Nach 8 Stunden kam er wieder auf freien Fuß. *(Quelle: Bia, 19.12.2004)*

Yasar Kemal schreibt zu dem türkischen EU Bericht

In der italienischen Zeitung Corriera della Sera schrieb der bekannte Schriftsteller am 18.12.2004 einen Artikel mit der Überschrift „Wir werden unseren Feind mit mehr Demokratie bezwingen“, Kemal sagte, der 17. Dezember, als die EU Mitglieder beschlossen, ein Datum für den Beginn der Beitrittsverhandlungen zu nennen, war das der Tag, auf den die Türkei 40 Jahre gewartet hatte. Anschließend fügte er hinzu: Die Türkei sei ein wichtiges Land für jeden. Lange Zeit seien Türken Unterstützer des Friedens gewesen und könnten so einen wertvollen Beitrag zur EU leisten, die gegründet wurde, um den Frieden zu sichern. Als

Kenner seiner Landsleute wüsste er, was es bedeutete, wenn von ihnen 90 Prozent eine Mitgliedschaft befürworteten. Allerdings könne er die Erfüllung der Kopenhagener Kriterien so als seien sie ein Opfer für die Türkei, nicht verstehen. Wäre es ein Opfer für die Türkei, die Rechte seiner 20 Millionen Kurden anzuerkennen? Was verlöre die Türkei, wenn sie 20 Millionen erlaubte ihre Muttersprache zu sprechen? Zwei vollkommen integrierte Kulturen könnten der Türkei helfen, sich selbst in andere Kulturen zu integrieren. Eine einzigartige Gelegenheit, was wollen die EU Demokratien mehr? Wäre es Zypern? Dieses dringende Problem braucht eine Lösung, die alle Zyprioten akzeptieren können.

Zum Abschluss sagte er: „Ich habe gehört, es gäbe kulturelle Defizite, um die EU-Standards zu erreichen: Vögel können nicht mit einem Flügel fliegen. Technologie, Wirtschaft und Forschung können nicht ohne kulturellen Reichtum gedeihen

(Quelle: Turkish Daily News, 20. Dezember 2004)

Massengrab bei Kulp

Die AKP Abgeordneten Cavit Torun und Hakan Tasci und der CHP Abgeordnete Mesut Deger, die im Auftrag der parlamentarischen Menschenrechtskommission die Vorführung eines Massengrabes im Kreis Kulp (Diyarbakir) untersucht haben, gaben ihren Bericht bekannt. Darin sagten sie u.a.: "Es konnte nicht festgestellt, dass die nach der Festnahme verschwundenen Personen etwas mit der PKK zu tun hatten. In den offiziellen Berichten wird dies auch nicht behauptet. Die Staatsanwaltschaft in Kulp hat nicht die nötige Vorsicht walten lassen. Sie hat die Dorfbewohner aufgefordert, ihr Knochen und Kleidungsstücke zu bringen. Sie wurden dann in Säcke gepackt und erst danach ging der Staatsanwalt mit der nationalen Presse zum Tatort. Aus den Unterlagen, die vom Europäischen Menschenrechtsgerichtshof stammen, geht hervor, dass die Operation unter General Yavuz Ertürk durchgeführt wurde... Obwohl die Betroffenen entschädigt wurden, halten wir es zur Linderung ihrer Schmerzen für erforderlich, dass gegen die Verantwortlichen ein Verfahren durchgeführt wird. Bei der Untersuchung durch die Gerichtsmedizin sollte sich herausstellen, um wen es sich bei den Getöteten handelt. Wir sind zu der Überzeugung gekommen, dass diese Personen zur Zeit der Operation gegen Semdin Sakik ums Leben kamen. *(Quelle: Cumhuriyet vom 22.12.2004)*

Verfahren gegen Folterer

Die Staatsanwaltschaft in Van hat die Polizeibeamten Ahmet Yildirim und Oguz Sahan wegen Misshandlung des Kindes Tacettin Kurt, den sie am 22. September in Van festgenommen hatten, angeklagt. Das Verfahren wird am 10. Februar 2005 beginnen. Der Anwalt Murat Timur teilte unterdessen mit, dass Polizeibeamte die Familie am 18. November aufsuchten und den Vater Sahabettin Kurt und Tacettin Kurt bedrohten, damit sie ihre Anzeige zurückziehen. *(Quelle: Özgür Gündem, 22.12.2004)*

Folterer freigesprochen

Die 7. Kammer des Landgerichts Izmir hat am 22. Dezember die Polizeibeamten Muhtesem Cavusoglu, Mesut Angi, Alim Ercetin und Hüriyyet Gündüz vom Vorwurf der Folter an deutschen Staatsbürger Mehmet Desde, der im Juli 2002 vier Tage in Polizeihaft war, freigesprochen. Der Freispruch erfolgte aus Mangel an Beweisen. Das Gericht hielt es trotz Gutachten der Ärztekammer Izmir und der Ege-Universität nicht für erwiesen, dass Mehmet Desde gefoltert worden war. *(Quelle: TIHV, 23.12.2004)*

Neue Projekte für Rückkehr in die Dörfer

Nach dem Vorschlag der EU, neue Projekte für eine Beschleunigung der Rückkehr in die Dörfer zu entwickeln, hat der Petitionsausschuss im Parlament der Regierung eine Reihe von Vorschlägen gemacht. Zunächst einmal solle das Budget für das Rückkehrerprojekt aufgestockt werden. Im Jahre 2004 waren dem Projekt 6,4 Trillionen TL zugeordnet worden. Nach Angaben des Innenministeriums sollen durch den Terror in der Gesamt-türkei 930 Dörfer und 2.018 Weiler entvölkert sein. In 12 Provinzen wurden dadurch 353.000 Menschen heimatlos. Von ihnen waren am 30. November 2004 insgesamt 128.085 Menschen zurückgekehrt. *(Quelle: Hürriyet vom 20.12.2004)*

Solidarität mit Kriegsdienstverweigerer

Der IHD Istanbul hat eine Kampagne für Halil Savda begonnen. Er hatte am 12. Dezember seine Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen (KDV) erklärt. Auf der Internet-Seite des Kriegsgegner wurden zu ihm folgende Angaben gemacht: In der Verhandlung vor dem Militärgericht in Corlu hat Halil Savda am 16. Dezember erklärt, dass er ein KDV'ler sei. Er werde eine detaillierte Aussage nach einem Gespräch mit seinem Anwalt machen. Er wurde wegen Befehlsverweigerung in das Militärgefängnis von Corlu eingewiesen. Dort sitzt er mit seinem Trainingsanzug in einer Einzelzelle." In einem Brief vom 20.12.2004 hatte Halil Savda erklärt: "Ich bin 1974 in einem Dorf im Kreis Cizre (Sirtak) geboren worden. Im Jahre 1993 war ich einen Monat lang in Polizeihaft und bin schwer gefoltert worden. Ich wurde als Unterstützer der PKK verurteilt und im Jahre 1996 entlassen. Im Mai 1996 wurde ich eingezogen. Nach der Grundausbildung bin ich nicht wieder zurückgekehrt. Im November 1997 wurde ich in Mersin als Mitglied der PKK festgenommen und vom SSG Adana zu 15 Jahren Haft verurteilt. Durch das neue Strafgesetz kam ich am 18.11.2004 auf freien Fuß. Am gleichen Tag wurde ich in Handschellen zur Gendarmeriestation Sehitkamil (Provinz Antep) gebracht und als Fahnenflüchtiger 6 Tage in Haft gehalten. Es gab kein Bett, nur eine Bank und Militär-Decken. Ich durfte meine Familie nicht benachrichtigen. Am 25.11. wurde ich nach Tekirdag gebracht und am nächsten Tag dem Militär-Staatsanwalt vorgeführt. Ich habe kurz gesagt, dass ich KDV'ler bin. 8 Tage lang war ich in Isolationshaft in einem Militärgefängnis. In der Kaserne Besiktepe habe ich meine Verweigerung mit der Folter im Jahre 1993 und meiner humanistischen und freihheitlichen Grundhaltung begründet. Ich habe auf Artikel 6 der Europäischen Menschenrechtskonvention hingewiesen. *(Quelle: Bia, 20.12.2004)*

Offener Brief an den Generalstab

Der Anwalt Hüseyin Aygün hat in einem offenen Brief an den Generalstab auf "Verschwundene" in der Provinz Tunceli hingewiesen und um Aufklärung gebeten. Er erinnerte dabei an den Bericht der Kommission im Parlament, die für das "Verschwinden" von 11 Dorfbewohner im Kreis Kulp (Diyarbakir) ein Kommando aus Bolu verantwortlich macht. Dieses Kommando sei im Jahre 1994 in der Provinz Tunceli aktiv gewesen. Bei einer Operation im Weiler Mirik, Dorf Gökcek, das zum Zentralkreis von Tunceli gehört, sind am 23. und 24. September 1994 sieben Mitglieder der Familien Isik und Serin "verschwunden". Insgesamt seien im Jahre 1994 in der Provinz Tunceli 16 Menschen "verschwunden". *(Quelle: Bia, 23.12.04)*

Journalist kommt in Haft

Yasar Camyar (33), der ehemalige Chefredakteur der Zeitschrift "Alinterimiz" hatte nach der Ableistung seines Militärdienstes (November 2004) Hochzeitspläne geschmiedet und ging deshalb zum Standesamt in Kadiköy (Istanbul). Dort wurde er verhaftet, damit er eine Reststrafe verbüßt. Vermutlich hatte das Amtsgericht Sisli die Geldstrafen, die gegen ihn wegen Verstoßes gegen Artikel 7/2 ATG verhängt worden waren, in eine Haftstrafe umgewandelt. *(Quelle: Bia 23.12.04)*

Antwort auf Bericht des Gouverneurs

Zum ersten Mal hat der Gouverneur von Diyarbakir, Efan Ala, auf die Monatsberichte des IHD Diyarbakir zu Menschenrechtsverletzungen in der Region in den Monaten August und September reagiert. Dies ist eine positive Entwicklung, wenn man bedenkt, dass es bislang in ca. 250 Fällen zu Ermittlungen gegen den Verein aufgrund von Strafanzeigen des Gouverneurs (gerade im Zusammenhang mit den Monatsberichten) kam. Allerdings sind in der Erklärung lediglich 21 Fälle aufgelistet, in denen es nicht zu Verletzungen der Menschenrechte gekommen sein soll. Selahattin Demirtas, der Vorsitzende der Zweigstelle Diyarbakir, sagte dazu: "In dem angegebenen Zeitraum sind bei uns 467 Beschwerden eingegangen. Aus diesem Grunde sind die Angaben zu lediglich 21 Fällen unzureichend. Wir haben außerdem weitere Informationen zu diesen Fällen aufgelistet und hoffen, dass sich der Gouverneur damit erneut auseinandersetzt. Es fällt auf, dass die 21 Ereignisse alle zur Amtszeit vom Gouverneur Nusret Miroglu passiert sind, und wir denken daher, dass die Polizeidirektion die Fakten dem Gouverneur unvollständig übermittelt hat."

Die ersten 10 Fälle (von insgesamt 21 Fällen) werden exemplarisch wiedergegeben:

Fall 1: Hier sagt der Gouverneur, dass es keine Festnahme von S.C. gegeben haben kann, weil es in dem Dorf Gündecano (Kirectepe) keine Teestube gebe und in der Gegend keine Operation stattfand. Der IHD stellt richtig, dass S.C. in dem Dorf arbeitete, die Festnahme aber in einer Teestube in der Kreisstadt Silvan erfolgte. Etwas anderes sei auch nicht behauptet worden.

Fall 2: Dem Gouverneur zufolge soll es am 23. Juni in der Region Duru (Kreis Lice) nicht zu einem Brand gekommen sein. Der IHD benennt den Beschwerdeführer und weitere Zeugen, die die Angaben bei einer Recherche bestätigen.

Fall 3: Die Festnahme von R.A., dessen Vater und Brüder wird abgestritten. Dem IHD zufolge besteht Ramazan Ayaz auf seiner Beschwerde, im Kreis Cinar (Diyarbakir) festgenommen worden zu sein. Das bedeutet, dass seine Festnahme nicht registriert wurde.

Fall 4: Bei den Operationen in den Hevsel Gärten (Diyarbakir) will der Gouverneur Hilfspakete verteilt haben. Der IHD bestätigt die Verteilung von Hilfsgütern, aber nicht während, sondern nach den Aktionen.

Fall 5: Der Jugendverein Dicle soll am 14.09.2004 auf Beschluss des Staatsanwalts durchsucht worden sein. Dies wird vom IHD nicht bestritten, allerdings richte sich die Beschwerde gegen die Tatsache, dass der Vereinsvertreter Ilker Boga während der Durchsuchung an Händen und Füßen gefesselt wurde.

Fall 6: Das Verbot der Kundgebung am 5. September (DEHAP) wird mit den am gleichen Tag stattfindenden Zulassungsprüfungen für den Hochschulzugang begründet (u.a. könne der Verkehr behindert werden). Der IHD führt an, dass die Prüfungsstätten weit vom Kundgebungsort entfernt liegen und die Kundgebung zu einer Zeit stattfinden sollte, in der die Prüflinge mehr als 10 Kilometer außerhalb der Stadt (auf dem Campus der Uni) sein würden. Daher sei die Begründung des Verbots irrelevant.

Fall 7: Nach dem Überfall am 5. August auf einen Polizeiposten sollen 2 Terroristen mit ihren Waffen festgenommen worden sein. Der IHD führt diesen Vorfall unter den Opfern bei Gefechten auf.

Fall 8: 16 Personen, die am 19. Juli bei einer unangemeldeten Demonstration festgenommen wurden, wurden wieder freigelassen aber gleichzeitig angeklagt. Der IHD spricht von 9 Festnahmen. Die Festgenommenen haben sich wegen Misshandlung in der Polizeihaft beschwert.

Fall 9: Studenten, die am 29. Mai Parolen für Abdullah Öcalan gerufen haben sollen, wurden anhand von Kassetten von S.K. ermittelt, am 2. Juli festgenommen und am gleichen Tag wieder freigelassen. Der IHD stellt fest, dass nicht S.K. sich an den Verein wandte, sondern Polat Güllü. Anstatt zur Polizei gebracht zu werden, hätte er gleich dem Staatsanwalt vorgeführt werden sollen.

Fall 10: 3 Personen, die wegen Beteiligung an dem Überfall in Mardinkapi angezeigt wurden, wurden in Silvan festgenommen und vom Staatsanwalt freigelassen. Der IHD spricht von 4 ungerechtfertigten Festnahmen in Silvan... (Quelle: PE des IHD-Diyarbakir, 23.12.2004)

Erneut Freispruch für Autor

Hasan Basri Aydin, der Autor des Buches "Briefe an Gott", der wegen Beleidigung des Staates angeklagt und freigesprochen worden war, ist heute am Amtsgericht Istanbul wegen seines Buches "Briefe an Gott - 2" erneut freigesprochen worden. Ursache der Anklage waren jeweils seine Worte, die er als Vorsitzender der HADEP in Bakirköy, gesagt hatte. (Quelle: Bia, 24.12.04)

Todesschüsse in Edremit

Am 25. Dezember eröffnete die Gendarmerie in Edremit (Provinz Van) Feuer auf ein Fahrzeug, das angeblich nicht anhält. Dabei wurde Yücel Solmaz getötet. (Quelle: Özgür Gündem vom 28.12.2004)

Im Zusammenhang mit dem Vorfall wurden der Unteroffizier Atalay Boylu und die Soldaten Halil

Kül, Hakan Sengül, Ismail Kiliç, Mustafa Demiral und Müslüm Demir festgenommen. Müslüm Demir kam am Folgetag in U-Haft. Hacer Anilir, die sich in dem Fahrzeug befunden hatte, sagte: "Wir wollten um 1.30 Uhr nach Van fahren. In Höhe der Gendarmeriestation traten vier Männer in Schneemasken vor das Fahrzeug. Wir fuhren langsamer und als wir fast standen, hielten die Männer die Waffen in unsere Richtung. Wir bekamen Angst und dachten, es könnten Terroristen sein. Sie haben dann von hinten auf uns geschossen und Yücel Solmaz wurde auf dem Vordersitz getroffen. Ein Soldat hat danach noch vier Mal auf das Fahrzeug geschossen. (Quelle: Milliyet vom 27.12.2004)

"Verschwundene" angeblich Geiseln der Organisation

Schon vor 10 Jahren wandte sich Süleyman Isik an das Parlament (27.12.1994), um eine Aufklärung des "Verschwindens" von 7 Dorfbewohnern zu erhalten, zu denen auch seine Angehörigen gehörten. Es ging hier wie bei vielen ähnlichen Ereignissen um einen Einsatz der Kommandoeinheit aus Bolu. Die Antwort landete bei der Staatsanwaltschaft in Tunceli, wurde aber erst jetzt bekannt. Dort hieß es: "Die Sicherheitskräfte führten zwischen dem 21. und 26. September 1994 Operationen (in der Provinz Tunceli) durch, bei denen 18 Terroristen tot mit ihren Waffen festgenommen und 2 Soldaten zu Märtyrern wurden. In dem Weiler Mirik beim Dorf Gökcek sollten 8 Personen leben, aber während der Operationen war von den Familien Serin und Isik niemand dort anwesend. In einem Umkreis von 35 Kilometern wurden dann 200 Schafe gefunden, die der Gendarmeriestation Gökcek übergeben wurden, damit sie den Besitzern zurückgegeben würden... Bei späteren Untersuchungen wurden keine Informationen über die "Verschwundenen" entdeckt. Es steht zu vermuten, dass die Organisation, die bei den Operationen große Verluste erlitt, sie als Geiseln mitgenommen hat." Der Anwalt Hüseyin Aygün wies auf andere Fälle hin, in denen die Behauptung aufgestellt wurde, dass die "Verschwundenen" sich der Organisation angeschlossen haben. Das sei aber bei der 3-jährigen Dilek Serin (die damals auch "verschwand") wohl kaum denkbar. Neben dem Kind waren damals Hidir Isik, Hatun Isik, Eli Isik, Yeter Isik, Düzali Serin und Gülizar Serin "verschwunden". (Quelle: Özgür Politika vom 28.12.2004)

Selbstverbrennung

Sergül Albayrak, die sich am 26. Dezember aus Protest gegen das neue Strafvollzugsgesetz auf dem Taksim Platz in Brand gesetzt hatte, ist am 28. Dezember ihren Verletzungen erlegen. Sie soll als Mitglied der DHKP/C inhaftiert gewesen sein. (Quelle: Cumhuriyet vom 29.12.2004)

Anklage wegen Vorfall in Kiziltepe

Die Staatsanwaltschaft in Kiziltepe hat im Zusammenhang mit der Erschießung von Ahmet Kaymaz und seinem Sohn Ugur Kaymaz (12) am 21. November Anklage gegen die Polizeibeamten Mehmet Karaca, Yasafettin Açıksöz, Seydi Ahmet Töngel und Salih Ayaz erhoben. Der Anklage zufolge soll der Überläufer Halil Ibrahim Öztürk gewarnt haben, dass es zu einer Aktion gegen die Sicherheitskräfte kommen könne und die der Gendarmerie am nächsten gelegene Wohnung eines Mi-

lizionärs (Ahmet Kaymaz) benutzt werden könne. Danach sei die Wohnung überwacht worden. Nach Aussage der angeklagten Polizisten haben sie plötzlich Ahmet Kaymaz und seinem Sohn gegenüber gestanden, sie zum Anhalten aufgefordert, aber es sei auf sie geschossen worden. Zum Selbstschutz hätten sie ziellos zurück gefeuert. Die Anklage geht davon aus, dass die Polizisten dabei ihre Kompetenzen überschritten und möchte sie zu 4-6 Jahren Haft verurteilt sehen. Die Polizisten sollen den 12-jährigen Ugur Kaymaz mit dem vom Überläufer benannten Militanten Nusret Bali verwechselt haben. Das wird wiederum dem Vater angelastet, der damit dem Militanten zur Flucht verholfen haben soll.

Unterdessen soll Makbule Kaymaz, Frau und Mutter der Getöteten, wegen Mitgliedschaft in einer illegalen Organisation angeklagt werden. Der Abgeordnete der CHP, Ahmet Ersin, der zur Delegation des Menschenrechtsausschusses im Parlament gehörte, die den Vorfall untersuchte, kommentierte die Anklage mit den Worten: "Wenn es ein Gefecht gegeben hätte, dann wären die 6 Einschüsse nicht alle zwischen der 4. und 8. Rippe in einem Bereich von maximal 12cm. Die Behauptung, dass einem Militanten zur Flucht verholfen wurde, ist neu. Wie aber soll jemand entkommen, wenn das ganze Haus umstellt ist."

(Quelle: Birgün/Radikal vom 30.12.2004)

Untersuchung zu Todesschüssen in Edremit (s.o.)

Eine Delegation des IHD, Mazlum Der und SES (Gewerkschaft im Gesundheitswesen) hat die Erschießung des SES Mitglieds Yücel Solmaz (35) am 26.12.2004 in Edremit untersucht. Die Delegation sprach mit Angehörigen, Augenzeugen und Offiziellen. Der Landrat Ismail Kaygisiz bedauerte den Vorfall und sagte, dass der Einsatz von Schusswaffen unnötig gewesen sei. Die Sache werde mittlerweile von der Justiz untersucht. Der Staatsanwalt Kemal Kacan sagte, dass es Unterschiede zwischen den Aussagen des verhafteten Soldaten und seines Vorgesetzten bezüglich eines Schießbefehls gebe. Die tödliche Kugel aber stamme aus dem Gewehr des Soldaten. Ein Augenzeuge, der seinen Namen nicht angeben wollte, sagte, dass er für eine Vergnügungsfahrt sein Auto zur Verfügung gestellt hatte. Im Augenblick des Vorfalls habe Yücel Solmaz neben dem Fahrer gesessen. Es habe keine Warnung zum Stehenbleiben gegeben. Als Schüsse zu hören waren, habe Yücel gerufen, dass der Fahrer Gas geben solle. Die beiden anderen Insassen sagten ebenfalls, dass es keine Warnungen vor den Schüssen gegeben habe. Die Delegation stellte fest, dass der Vorfall an einem Punkt stattfand, an dem eigentlich die Polizei zuständig ist (Stadtgebiet). Der Platz sei auch gut beleuchtet gewesen und es habe keinen Grund für das Anhalten des Fahrzeugs gegeben. Der Hauptgefreite Halil Gül, der den Schießbefehl gegeben haben soll, habe an dem Tag keinen Dienst gehabt. Er habe 5 Schüsse aus seiner Pistole abgefeuert, aber weder er, noch der andere Soldat, der geschossen hatte, seien in U-Haft genommen worden. *(Quelle: Bia, 30.12.2004)*

Extra-legale Hinrichtungen von Kiziltepe

Das Verfahren im Zusammenhang mit der Erschießung von Ahmet Kaymaz und seinem Sohn

Ugur Kaymaz am 21. November 2004 wird am 12. Februar vor der 2. Kammer des Landgerichts in Mardin beginnen. Anträge auf Inhaftierung der angeklagten Polizeibeamten wurden abgelehnt. Milliyet berichtete, dass Halil Ibrahim Öztürk, der vermeintliche Überläufer, dessen Aussage zur Überwachung der Wohnung der Familie Kaymaz geführt haben soll, erst am 22. November in Gaziantep festgenommen wurde.

(Quelle: Milliyet/Radikal/Özgür Gündem vom 01.-03.01.2005)

Erklärung des Vorsitzenden der Menschenrechtsstiftung der Türkei (TIHV) Yavuz Önen

Zum Jahresende hat der Vorsitzende der Menschenrechtsstiftung der Türkei die Lage der Menschenrechte bewertet. Er sagte, dass von den 918 Personen, die sich im Jahre 2004 wegen Folter an die 5 Zentren für kostenlose Behandlung gewandt haben, 337 im letzten Jahr gefoltert wurden. Im Vergleich dazu hatten sich 2003 insgesamt 945 Personen bei der TIHV gemeldet und von ihnen hatten 340 gesagt, dass sie in diesem Jahr gefoltert wurden. Diese Zahlen und die Daten des Menschenrechtsvereins IHD machten deutlich, dass die Folter nach wie vor systematisch sei. Önen machte darauf aufmerksam, dass im neuen Strafgesetz die Bestimmungen gegen die Meinungsfreiheit weiterhin bestehen und wies auf die extreme Gewalt der Sicherheitskräfte gegen Demonstranten hin. Angesichts der jüngsten Vorfälle in Gümüşhane und Kiziltepe sei auch ein Anstieg bei den extra-legalen Hinrichtungen zu verzeichnen, meinte Yavuz Önen. Im letzten Jahr habe das Dokumentationszentrum der TIHV 21 Todesfälle als extra-legale Hinrichtungen, Schüsse der Sicherheitskräfte nach Stoppwarnungen oder willkürliches Schießen verzeichnet. In den Gefängnissen seien im Jahre 2004 insgesamt 175 Menschen gestorben. In 139 Fällen handele es sich um einen natürlichen Tod, während 25 Menschen sich das Leben nahmen; 4 sich in Brand steckten; 1 Person infolge des Todesfastens starb und 4 Gefangene von Mithäftlingen umgebracht wurden. In der Polizeihaft sind nach Feststellungen der TIHV 5 Personen im Jahre 2004 zu Tode gekommen. Yavuz Önen betonte, dass in der Kurdenfrage ernste Schritte unternommen werden müssten. In Bezug auf das Gesetz zur Abfindung bei Schäden durch Terror oder Terrorbekämpfung kritisierte er, dass viele Schäden nicht eingeschlossen seien und bei den Kommissionen zur Feststellung der Schäden zivile Organisationen nicht beteiligt seien. Bei Explosionen von Minen oder unbeaufsichtigter Munition seien im letzten Jahr 31 Menschen, darunter 14 Kinder, umgekommen und 78 Personen, darunter 34 Kinder, seien verletzt worden. *(Quelle: Bia, 03.01.2005)*

Minenopfer angeklagt

Bei einer Minenexplosion in der Nähe des Dorfes Yaylak im Kreis Kulp (Diyarbakir) wurde Selahattin Gündüz (55) am 16. November schwer verletzt. Er verlor dabei ein Auge. Am 21. November wurde er inhaftiert und später wegen Mitgliedschaft in Hizbullah und Besitzes von Explosiva angeklagt. Das Verfahren begann am 29. Dezember vor der 5. Kammer des Landgerichts Diyarbakir. Gündüz sagte aus, dass es zur Explosion der Mine kam, als er den Weg vor seinem Haus verbreitern wollte. Sein Anwalt Serhat Eren sagte, dass das Verfahren auf

grund falscher Anschuldigungen des Gendarmekommandanten und der Dorfschützer eröffnet wurde. (Quelle: *Özgür Gündem* vom 03.01.2005)

Flüchtlinge ertrunken

Am 2. Januar sank ein Boot, mit dem Flüchtlinge versuchten, von Ayvalik (Provinz Balıkesir) zur Insel Lesbos zu gelangen. Der Bootsbesitzer kam dabei ums Leben und zwei Flüchtlinge werden vermisst. Die anderen 12 Flüchtlinge sollen aus dem Iran, Somalia und Mauretanien sein. (Quelle: *Milliyet* vom 03.01.2005)

Aussagen bei der Begründung des neuen Strafgesetzes

Die Begründung des am 1. April 2005 in Kraft tretenden Strafgesetzes (StGB) wurde den EU-Vertretungen retuschiert zugesandt. In der Broschüre, die das Justizministerium dem Generalsekretariat der EU-Kommission und der Delegation der Kommission in der Türkei zusandte, war klammheimlich ein umstrittener Abschnitt aus der Begründung des Artikel 305 gestrichen worden. In der amtlichen Begründung wird als Beispiel für "Handlungen gegen nationale Interessen" die Behauptung aufgeführt, dass im ersten Weltkrieg die Armenier zu Opfern eines Völkermords wurden oder die türkischen Soldaten aus Zypern abgezogen werden mussten. Die "Feinabstimmung" war in den letzten Tagen Gegenstand von Artikeln in der in Istanbul erscheinenden und an armenisch-stämmige Landsleute gerichteten Zeitung AGOS. (Quelle: *Hürriyet* vom 04.01.2005)

Bericht aus Bingöl

Die Zweigstelle des IHD in Bingöl hat einen Bericht zum Jahre 2004 herausgebracht. Es soll in dem letzten Jahr zu 131 Verletzungen des Rechtes auf Sicherheit und Leben gekommen sein. Im Einzelnen wurden gezählt: 9 Menschen, die bei Gefechten das Leben verloren; 2 Menschen, die bei Minen- oder anderen Explosionen ihr Leben verloren. An zweifelhaften Toden und Selbstmorden gab es 13 und 29 Menschen haben sich wegen Folter und Misshandlung beschwert. (Quelle: *Bia (Kommunikationsnetzwerk)* vom 04.01.2005)

Folterverfahren in Istanbul

Die Staatsanwaltschaft in Fatih hat ein Verfahren gegen 7 Polizeibeamte wegen Folter an 6 Studenten im Mai 2002 eröffnet. Die Studenten waren im Zusammenhang mit der Ermordung des Mädchens Yasemin Durgunärz 2001 festgenommen worden. In dem Verfahren werden sich auch 3 Ärzte des Krankenhauses in Haseki wegen Ausstellung falscher Atteste verantworten müssen. (Quelle: *Sabah* vom 06.01.2005)

Demonstranten als Organisationsmitglieder angeklagt

Die Staatsanwaltschaft in Ankara hat 46 DemonstrantInnen angeklagt, die am 7. Dezember 2004 als Mitglieder der Sozialistischen Plattform der Unterdrückten gegen das neue Gesetz zum Strafvollzug auf dem Kızılay-Platz protestiert hatten. Nach Meinung der Staatsanwaltschaft sollen die DemonstrantInnen Mitglieder der MKLP sein, die Sicherheitskräfte angegriffen und 3 Polizisten verletzt haben.

Unter den Angeklagten sind auch 2 Reporter der Zeitschrift "Atilim". (Quelle: *Radikal* vom 10.01.2005)

Misshandlung im Gefängnis

Bahattin Boz, der Vater von Mehdi Boz, hat sich beim Justizministerium über Misshandlung seines Sohnes beschwert. In seiner Petition sagte er, dass sein Sohn zu 36 Jahren Haft verurteilt wurde und seit 10 Jahren im Gefängnis sei. Im E-Typ Gefängnis von Mus haben ihn der 1. Direktor und der Hauptwächter geschlagen. Er sei im November in das E-Typ Gefängnis von Bitlis verlegt worden und habe dort nackt eine Stunde im Schnee ausharren müssen. Desweiteren sei er für 3 Monate in Isolationshaft gesteckt worden und ihm seien offene Besuche für 1 Jahr verboten worden. Als er sich bei der Staatsanwaltschaft beschwert habe, sei ihm gesagt worden, dass sein Sohn ein PKK'ler, ein Terrorist sei, der keinen Besuch empfangen dürfe. (Quelle: *Özgür Gündem* vom 10.01.2005)

IHD'ler angeklagt

Gegen den Vorstand des IHD in Diyarbakir wurden zwei Verfahren eröffnet, weil sie Delegationen aus dem Ausland empfangen haben. Damit sollen sie eine nicht genehmigte Versammlung abgehalten und gegen Artikel 43 des Vereinsgesetzes verstoßen haben. Der Artikel schreibt vor, dass eine Erlaubnis des Innenministeriums für internationale Treffen gegeben werden muss. Das 1. Verfahren beruht auf dem Besuch des Nahostkomitees der Sozialistischen Internationale unter Leitung von Leif Evert Frederiksson am 16. Juli 2004. Das andere Verfahren bezieht sich auf einen Besuch von Vertretern von schwedischen Universitäten am 16. April 2004. (Quelle: *Özgür Gündem* vom 12.01.2005)

Viertel-Jahresbericht und Jahresbericht des IHD Diyarbakir

Die Zweigstelle des Menschenrechtsvereins IHD in Diyarbakir hat einen Bericht über die letzten drei Monate des Jahres 2004 herausgegeben. Es sei in dem Zeitraum zu 3.078 Verletzungen der Menschenrechte gekommen. 54 Menschen seien ums Leben gekommen und 26 Personen seien verletzt worden. Davon seien 8 Menschen durch Minen umgekommen. 68 Menschen hätten sich wegen Folter und Misshandlung beschwert. Vom Vorsitzenden des IHD Diyarbakir, Selahattin Demirtas, und dem Repräsentanten für Südost-Anatolien, Mihdi Perincek, wurde die Abnahme der Foltervorwürfe als positive Entwicklung gewertet. Es habe aber auch ernsthafte Menschenrechtsverletzungen gegeben. Dazu gehörten extra-legale Hinrichtungen, bewaffnete Auseinandersetzungen, Massengräber und Ermittlungen gegen die Meinungsfreiheit.

Die Statistik des IHD Diyarbakir für das Jahr 2004 führt 209 Tote bei Gefechten und 68 Opfer von extra-legalen Hinrichtungen und Morde durch unerkannte Täter auf. 338 Personen haben sich wegen Folter oder Misshandlung beschwert. Durch Minenexplosionen starben im Jahr 2004 insgesamt 18 Personen. Im Verlauf des Jahres wurden 12 Vorwürfe von "Verschwindenlassen" gemeldet.

Als Antwort auf Fragen von bianet sagte Selahattin Demirtas, dass die Etablierung von Wahrheit- und Gerechtigkeitskommissionen notwendig sei, weil es nicht ausreiche, dass Menschenrechtsverletzungen abnehmen. Es gehe aber darum, die gesellschaftlichen Traumata zu überwinden, und dazu müssten

die Verantwortlichen der Verletzungen der Vergangenheit ermittelt werden. Als Beispiele von Ereignissen, die in der Türkei noch nicht verarbeitet seien, wies Demirtas auf das Armenierproblem, die Hinrichtungen von Adnan Menderes und Deniz Gezmiş sowie den Militärputsch von 1980 hin. *(Quelle: Radikal (bia.net-Unabhängiges Kommunikationsnetzwerk) vom 11.01.2005)*

Gütliche Einigung im Rechtsstreit der Türkei mit Leyla Zana

Die Türkei hat einen Rechtsstreit mit der türkischen Kurdenpolitikerin Leyla Zana und zwei ihrer Mitstreiter am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) gütlich beigelegt. Die Beschwerde betraf einen Artikel Zanas und Äußerungen, die Anfang 1997 in der Zeitung der Kurdenpartei HADEP veröffentlicht wurden. Den Angaben des EGMR zufolge sieht die Einigung vor, dass die Regierung in Ankara Zana 9.000 Euro Schadensersatz zahlt und den beiden anderen Klägern jeweils 7.000 Euro.

(Quelle: yahoo! vom 11.01.2005)

Türkei wegen Todes eines kurdischen Häftlings verurteilt PKK-Mitglied starb 1996 bei Verlegung in anderes Gefängnis

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Straßburg hat die Türkei wegen des Todes eines Häftlings während des Transports in einem Polizeiwagen wegen Verletzung des Rechts auf Leben verurteilt. Bei einem Transport von dem Gefängnis in Diyarbakir zu jenem in Gaziantep verlor im Jahr 1996 Kadir Demir, ein Mitglied der verbotenen kurdischen Arbeiterpartei PKK, sein Leben. Demir war zu zwölf Jahren und sechs Monaten Haft verurteilt worden.

Eine Obduktion der Leiche hatte laut Gerichtsurteil auf verschiedene Wunden am Körper hingewiesen, unter anderem in der Kopfgegend. Ohne genau festzulegen, ob die Wunden im Gefängnis von Diyarbakir, in der es am 24. September 1996 zu einem Aufstand der Häftlinge gekommen war, oder während des Transports zugefügt wurden, schloss der EGMR auf die Verantwortung des türkischen Staates. Ankara wurde in dem Urteil weiter vorgeworfen, keine amtlichen Ermittlungen über die Umstände des Todesfalles veranlasst zu haben. Ankara wurde verurteilt, den Hinterbliebenen des Opfers 88.000 Euro Schadensersatz zu zahlen. *(Quelle: Der Standard Online vom 13.01.2005)*

Bilanz im Bereich Journalismus

Das Projekt "Bia2", das sich als Netzwerk zur Beobachtung und Berichterstattung über Medienfreiheit und unabhängigen Journalismus versteht, hat im Jahre 2004 drei Vierteljahrsberichte herausgegeben und daraus einen 32-seitigen Bericht über das vergangene Jahr erstellt. In dem Bericht werden 115 Verfahren gegen Journalisten aufgelistet und die Situation von 222 Journalisten aufgelistet, die Opfer von Überfällen oder Festnahmen wurden. Seit dem 7. Juni strahlte TRT (Radio und Fernsehen) Sendungen in Bosnisch, Kurdisch (Kurmanji und Zaza), Arabisch und Tscherkessisch aus. Eine Entscheidung über Sendungen in Lasisch stehe noch aus, ebenso wie die Anträge lokaler Sender noch nicht beschieden seien. Von den 115 Verfahren gegen Journalisten seien 38 nach dem Strafgesetz, 7

nach dem Anti-Terror Gesetz und 20 nach dem Pressegesetz eröffnet worden. Im Verlaufe des Jahres seien gegen 11 Publikationen (9 davon lokal) Geldstrafen von insgesamt 1,3 Millionen neue TL (fast 1 Million Euro) verhängt worden. Ein Sende- verbot von insgesamt 360 Tagen sei 12 Einrichtungen der Medien auferlegt worden. Ein Problem der Journalisten sei, dass ihre Beschwerden wegen Prügel oder ungerechtfertigter Haft in der Regel keine Konsequenzen haben. Als derzeit inhaftierte Journalisten wurde auf Memik Horuz (Isci-Köylü) und Yasar Camyar (Alinterimiz) hingewiesen. Weitere 8 Journalisten seien in U-Haft und entweder wegen Mitgliedschaft oder Unterstützung illegaler Organisationen angeklagt. *(Quelle: bia.net (Unabhängiges Kommunikationsnetzwerk) vom 14.01.2004)*

Ragip Zarakolu erhielt Menschenrechtsspreis

Die norwegische Schriftstellervereinigung und das norwegische Kulturministerium verliehen den diesjährigen „Preis für Meinungsfreiheit“ an den Schriftsteller und Verleger Ragip Zarakolu. *(Quelle: BIA Haber Merkezi (BIA Nachrichtenzentrum) vom 14.01.2005)*

Bericht des IHD Istanbul

Nach dem Bericht des IHD Istanbul kam es im letzten Jahr zu 5.512 Festnahmen. Es haben sich 299 Personen wegen Folter und Misshandlung beklagt. Die Vorsitzende Eren Keskin beschwerte sich vor allem über die nicht registrierten Festnahmen, die enorm zugenommen hätten. Das Vorstandsmitglied Saban Dayanan präsentierte als weitere Zahlen aus dem Jahr 2004 den Tod von 2 Menschen in der Polizeihaft, 18 Gefangenen und 4 Menschen durch Schüsse der Polizei. Es sei zu 39 Bombenanschlägen gekommen, bei denen 9 Menschen ihr Leben verloren. Der Hohe Rat für Radio und Fernsehen habe 29 Sendern Verbote auferlegt, die sich auf insgesamt 296 Tage beliefen. Im Bereich der Meinungsfreiheit seien Strafen von insgesamt 54 Jahren und 3 Monaten Haft ausgesprochen worden. Daneben wurden Geldstrafen in Höhe von 23,8 Milliarden alte TL verhängt. *(Quelle: Özgür Politika vom 16.01.2005)*

Irak:

Gefahr für assyro-chaldäischen Christen

2005 droht der endgültige Exodus der assyro-chaldäischen Christen aus dem Irak - Weihnachtsappell an 30 westliche Regierungen

Wenn nicht bald Hilfe kommt, wird sich nach Erkenntnissen der Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) das 1400-jährige Zusammenleben zwischen Muslimen und Christen im Mittel- und Südirak im kommenden Jahr gewaltsam beendet werden. Jetzt droht die vollständige Flucht und Vertreibung der noch etwa 650 000 Angehörige zählenden christlichen Gemeinschaft der Assyro-Chaldäer aus dem Irak, nachdem bereits etwa 50 000 im zurückliegenden Jahr 2004 nach Syrien, Jordanien oder nach Irakisch-Kurdistan geflüchtet sind, erklärte der GfbV-Generalsekretär Tilman Zülch am Donnerstag. Ebenso gefährdet sind die noch rund 50.000 Mandäer, eine vorchristliche, auf Johannes den Täufer zurückgehende Konfession. Seit Anfang 2004 dokumentiert die internationale Menschenrechtsorganisation die kontinuierlich zunehmenden

Angriffe gegen die christlichen Minderheiten, Bombenanschläge gegen Kirchen und kirchliche Institutionen, Morde, Entführungen und Vergewaltigungen, für die islamische Extremisten, arabische Nationalisten und Baathisten verantwortlich sind.

Inzwischen wurden mehr als 25 Kirchen gezielt angegriffen und zerstört. Ende 2003 wurden die ersten Sprengsätze in zwei christlichen Schulen in Bagdad und Mosul gefunden, am 24. Dezember 2003 folgte die erste Explosion in einer Kirche ebenfalls in Mosul.

Unter den inzwischen ganz oder teilweise zerstörten Kirchen und Klöster befanden sich syrisch-katholische, syrisch-orthodoxe, chaldäische, assyro-anglikanische, altapostolisch-nesorianische Kirchen der Assyro-Chaldäer, armenisch-katholische und armenisch-orthodoxe der kleinen armenischen Minderheit sowie eine adventistische Missionskirche. Die meisten der Angriffe fanden jeweils nach dem islamischen Freitag und vor dem christlichen Sonntag statt.

Die Liste der seit Sommer 2003 ermordeten irakischen Christen hat die Zahl 300 überschritten. Wir greifen einige dieser schrecklichen Morde heraus: Mohannad Malawi wird am 11.07.2003 erschossen, weil er sich weigerte, seine Schwester für eine Vergewaltigung auszuliefern. Die Brüder Berdan werden in ihrem Juweliergeschäft am 11.08.2003 getötet.

Die mandäischen Brüder Yahya werden am 11.08.2003 mit 14 bzw. neun Schüssen ermordet. Nadan Yonadam wird liquidiert, weil er der US-Armee als Übersetzer diene. Safa Khoshi wird am 07.10.2003 mit einer Granate beseitigt. Fünf Tage später müssen Danny und Wilhelm Cesar am 12.10.2003 in Falluja sterben, weil sie für die US-Armee arbeiteten.

Den Richter Yousif Sadeq erreicht sein Schicksal in seinem Haus in Mosul am 04.11.2003. Am 08.11.2003 trifft es den Vertreter der Assyrischen Demokratischen Bewegung Sargon Nano. Am 01.01.2004 werden zwei Armenierinnen und zwei Assyrerinnen, Wäscherinnen der US-Militär Basis Habbaniyah ermordet, am 21.01.2004 fünf christliche Mädchen in der Nähe von Falluja. Der fünfjährige Aziz Azzo und seine 14-jährige Schwester Ranne werden im März 2004 vor ihrer Kirche erschossen. Am 17.03.2004 überlebt eine fünfköpfige assyrische Familie einen Bombenanschlag nicht. Am 26.03.2004 trifft es den Leutnant Esha David in seinem Haus in Kirkuk. Am 7. Juni 2004 erschießen arabische Nationalisten aus einem vorbeifahrenden Auto heraus vier Assyrer und zwei Armenier in Bagdad. Am 23.06.2004 müssen die Schwestern Janet und Shatha Odisho ihre Arbeit für die Firma Bechtel mit ihrem Leben bezahlen. Am 17.07.2004 fällt Adeeb Aqrabi in seinem Pizzaladen einem Attentäter zum Opfer. Am 31. August 2004 folgt ein Anschlag auf drei junge assyrische Frauen, Mitarbeiterinnen des Krankenhauses in Mosul.

Im September 2004 werden in Mosul zwei assyrische Christen geköpft und das Video auf den Märkten der Stadt angeboten. Auch die Ermordung des 3jährigen Bassam Sabi ebenfalls in Mosul wird auf CD aufgenommen und in der Stadt verbreitet. Noch am 27. September 2004 erfolgt die Erschießung von neun Kellnern in einem christlichen Club. Auch ihre Namen sind der GfbV bekannt. Am 14.10.2004 wird ein kleines Mädchen tot in Bagdad aufgefunden, dessen Eltern das geforderte

Lösegeld nicht bezahlen konnten, und am 30.10.2004 stirbt Ma'an Yousouf in seinem Elektrogeschäft in Mosul. Am 09. Dezember werden zwei entführte christliche Geschäftsleute ermordet. Erschreckend häufig werden Menschen im Irak entführt, um Geld zu erpressen. Opfer von Entführungen werden vor allem Christen. Betroffen sind Kinder, Frauen und Männer gleichermaßen. Christliche Institutionen geben an, dass 90 % der entführten Personen Christen sind. Am 16.11.2004 schätzte der Leiter einer christlichen irakischen Gemeinschaft, dass von 200 Christen, deren Entführung bekannt wurde, 60 ermordet wurden. Christen und Mandäer, schreibt eine Kennerin der Menschenrechtslage im Irak, verhalten sich still und wollen nur, dass ihre Angehörigen schnell zurückkommen. Die Täter wissen, dass sie keine Schwierigkeiten machen. Das ermutigt zu immer neuen Entführungen.

Auch mit ständigen Drohungen gegen die Christen wird versucht, ihre Vertreibung zu beschleunigen und sich auch ihres Eigentums zu bemächtigen. So hat die Mehrheit der Assyro-Chaldäer die Stadt Basra bereits verlassen. In christlichen Wohnvierteln erscheinen Hetz-Graffiti auf Hauswänden. Christen in Drohbrieffen zum Zwangsübertritt auf. Frauen müssen sich verschleiern, werden bedrängt, beleidigt und angegriffen, christliche Studentinnen von Campus der Universität verwiesen, wenn sie kein Kopftuch tragen.

Christen werden an ihrer Berufsausübung gehindert, Büros christlicher Parteien angegriffen. Christen werden als angeblich Verbündete der amerikanischen Besatzungsmacht betrachtet. Ihnen werden Verbindungen zu Verwandten in Übersee vorgeworfen. Dazu kommt der Vorwurf, einer nicht-arabischen Nation anzugehören. Anschläge hindern Kinder daran, zur Schule zu gehen, und Gläubige, ihre Kirchen und Gemeinden zu besuchen.

Es ist in Europa weithin unbekannt, dass im Irak und den angrenzenden Ländern eine Million assyrochaldäische Christen eine eigene ethnische Gemeinschaft bilden, die bis heute das Aramäische, die Muttersprache Christi, in moderner Form sprechen. Die Assyro-Chaldäer und die Mandäer sind die eigentlichen Ureinwohner des Irak. Nur im irakischen Kurdistan genießt das Neu-Aramäische heute offiziellen Status und ist dort in den 15 Grund- und Oberschulen der Assyro-Chaldäer für 4002 Schüler und 201 Lehrer Unterrichtssprache.

Mindestens 1,5 Mio. Angehörige dieses Volkes leben in der Diaspora in West-Europa, Nord-Amerika, Australien und Neuseeland. In Deutschland zählen sie heute etwa 80 000 Menschen. Die aramäischsprachigen Christen in der westlichen Welt sind meist Überlebende des türkischen Genozids, dem 1915 -1918 rund eine Million Armenier, auch etwa 500 000 aramäischsprachige Christen zum Opfer gefallen sind. Während der Herrschaft Saddams Husseins teilten die Assyro-Chaldäer im Nord-Irak das Schicksal der Kurden, wurden Opfer von Giftgasangriffen, Massakern und Zwangsumsiedlung, erlebten die Zerstörung ihrer Dörfer und flüchteten im Januar 1991 gemeinsam mit den Kurden in die schneebedeckten Bergregionen der Türkei und des Iran. Damals brachte ein Team der GfbV zu einem nicht versorgten Lager mit 50 000 Kurden und Assyro-Chaldäern in 2000 Meter Höhe Lebensmittel und Medikamente.

Die GfbV bedauert das Desinteresse von großen Teilen der internationalen Öffentlichkeit an dem Schicksal der Christen und Mandäer des Irak und appelliert an die Bundesregierung, die Regierungs- und Oppositionsparteien, an die Friedens- und Dritte Welt-Bewegung, sich für die Assyro-Chaldäer einzusetzen.

Mit Schreiben an alle Abgeordneten des Europaparlamentes, die 25 Regierungen der EU-Staaten, die Regierungen Kanadas, der USA, der Schweiz, Norwegens und Japans sowie an alle in den Parlamenten dieser 30 Staaten vertretenden Fraktionen mit der Bitte gewandt, einen Fonds zur Unterstützung der christlichen Flüchtlinge im Nordirak einzurichten.

Inbesondere tritt die GfbV dafür ein, die Bemühungen des nordirakischen Teilstaates Kurdistan für die Integration der assyro-chaldäischen Flüchtlinge zu unterstützen. Dort erhalten Flüchtlingsfamilien Sozialhilfe von der Demokratischen Partei Kurdistans und Grundstücke sowie Mittel für den Hausbau von der Patriotischen Union Kurdistan. *(Quelle: PE von GfbV, 23.12.04)*

Massengrab in Suleimania entdeckt

Bauarbeiter fanden bei Ausschachtungen für ein neues Krankenhaus im kurdischen Nord Irak letzten Mittwoch ein Massengrab mit etwa 60 Leichen.

Der kurdische Regionalminister für Menschenrechte, Salah Rashid, vermutet, dass dies die Überreste von Kurden sind, die getötet wurden, als nach dem Golfkrieg 1991 die Truppen von Saddam Hussein versuchten, einen Aufstand nieder zu schlagen.

Die irakische Übergangsregierung hat um ausländische Unterstützung bei der Identifizierung von Hunderttausenden von Toten gebeten, die nach dem US geführten Sturz von Saddam gefunden wurden. Bisher fand man 259 Massengräber mit 300000 Leichen, von denen man annimmt, dass sie unter Saddams Regime getötet worden. Schätzungen sprechen von bis zu einer Million Opfern.

Gegen Saddam, der sich zur Zeit in einem US Gefangenenlager befindet, werden 7 Anklagen wegen Verbrechen gegen die Menschheit erhoben. Darunter ist auch der Angriff von 1987-1988 der kurdische Dörfer dem Erdboden gleichmachten und der Giftgasangriff auf Hallabja mit 5000 Toten.

Anfang Dezember wurde in der Nähe von Suleimania ein weiteres Grab mit 500 Leichen, unter ihnen auch Frauen und Kinder, entdeckt.

(Quelle: AFP, 29.Dezember 2004)

Drei Kurden sterben bei Angriff auf die Ölstadt Kirkuk

Mit einem Raketenangriff auf ein Rückkehrerlager für Kurden in der Nähe von Kirkuk, versuchte man vor den Wahlen am 30.Januar in diesem Gebiet Spannungen zu schaffen.

Während des Angriffs auf das Lager wurden drei Kurden getötet.

Wie der dortige Polizeichef, General Turhan Yussef, gegenüber AFP berichtete, wurde dabei auch ein 10jähriges Mädchen schwer verletzt.

Dies bestätigte Dr.Mustafa Azad Ali vom Krankenhaus in Azadi.

Die Toten waren unter den 14000.Kurden, die nach Saddams Sturz in die von ihm arabisierte, früher aber hauptsächlich kurdische Stadt, zurückkehrten. Der für die Rückkehrer verantwortliche Beamte, Hassib Rozbiyani, macht „Feinde der kurdischen

Sache“ dafür verantwortlich. Er besteht darauf, dass Familien, die unter Saddam aus der Stadt ausgewiesen worden waren, wieder, wie es im Artikel 58 der Übergangsregierung steht, in die Stadt zurückkehren können.

Der Angriff ereignete sich am zweiten Tag der Wahlkampagne für den politischen Wendepunkt am 30. Januar, an dem nicht nur die Nationalversammlung gewählt wird, sondern auch 18 Regionalvertretungen und ein kurdisches Regionalparlament für die drei früher von Rebellen unterstützten, jetzt aber bereits autonomen Provinzen.

Kurdische Politiker in Kirkuk hatten die Wahl für die regionale Vertretung bis zur endgültigen Klärung des Status der Stadt aufschieben wollen.

Sie möchten Kirkuk als Hauptstadt ihrer autonomen Region genauso, wie sie am Ölreichtum teilhaben wollen.

Aber viele Araber in der Stadt in wehren sich gegen jede Änderung, so wie es viele in der großen turkmenischen Bevölkerung gibt, die die Unterstützung der Türkei haben. *(Quelle: AFP, 17.Dezember 2004)*

7 Kurden in Syrien sind verhaftet worden

Nach unserer Informationen sind (7) Kurden in Syrien wegen politischer Aktivitäten verhaftet worden. Sie sind zum militärischen Sicherheitsdienst gebracht worden. Die uns bekannten Namen sind:

- **Anas Fauzi Abdi**
- **Barzan Mohamed Kehro**
- **Mohamed Abdilqadüs Abdo**
- **Rahib Ibrahim Isa**
- **Rawaned Ibrahim Schuwesch**
- **Schorasch Ibrahim Haj Qasem**
- **Xabat Saleh Scheikho**

Die Kurden werden beschuldigt, dass sie mit dem kurdischen Aufstand des letzten Jahres (12 März 2004) zu tun gehabt haben. *(Quelle: KDPS, 15.01.2004)*

Erklärung an die Öffentlichkeit

Die Unterdrückung des kurdischen Volks seitens des syrischen Regimes und die massiven Menschenrechtsverletzungen gegenüber Kurden sind immer noch an der Tagsordnung.

Die Kurden, deren Zahl heute ca. 3 Mio. beträgt und damit die zweite ethnische Gruppe im Lande darstellen, werden nur auf Grund ihrer ethnischen Zugehörigkeit verhaftet und misshandelt. Die Massenverhaftungen und Misshandlungen nahmen nach den Ereignissen vom 12 März 2004 enorm zu.

Das Massaker vom 12 März 2004 und die Ermordung von 7 Kurden durch die Sicherheitskräfte, haben kurdische Massenproteste ausgelöst. Diese kamen als Ausdruck des Widerstands und der Ablehnung der systematischen Politik der Unterdrückung.

Die Verfolgung und Unterdrückung der Kurden in Syrien haben heute einen neuen Stand erreicht. Die politischen Gefangenen sind brutaler Folter und brutalen Misshandlungen ausgesetzt. Mindestens fünf Gefangene sind unter Folter getötet worden. Mehrere Gefangene sind mit körperlichen und physischen Behinderungen aus der Haft entlassen worden.

Syrien ist eine Burg der Verfolgung und der Unterdrückung geworden. Das syrische Regime kann trotzdem und unbeschadet dessen, seine Politik der

Verfolgung und der Willkür weiter führen. Die Menschenrechte und Grundfreiheiten werden mit Füßen getreten. Mit seiner Politik, verstößt das syrische Regime gegen internationale Normen und Verträge, welche auch Syrien unterschrieben hat. Die Internationale Gemeinschaft schaut zu und bleibt tatenlos gegenüber dieser Unterdrückung.

Aufgrund dessen und als Protest gegen die Politik des syrischen Regimes, beginne ich mit einem offenen Hungerstreik und appelliere an Weltöffentlichkeit, die EU, die vor der Ratifizierung des Assoziationsabkommens mit Syrien steht, die Menschenrechtsorganisationen und alle Freunde der Demokratie und der Menschenrechte in der Welt, sich einzusetzen, dass:

- Die Menschenrechtsverletzungen fair und unabhängig untersucht werden
- Die Verhaftungen der Kurden aufgrund deren ethnischen Zugehörigkeit beendet werden
- Alle kurdischen politischen Gefangene, die in Zusammenhang mit den Ereignissen von März 2004 oder aufgrund ihrer Aktivitäten für die Rechte des kurdischen Volkes verhaftet wurden, frei gelassen werden
- Alle Gefangene der freien Meinungsäußerung in Syrien, unabhängig von ihrer politischen und ethnischen Zugehörigkeit freigelassen werden
- Die Ereignisse vom 12 März 2004 und die dadurch ausgelösten kurdischen Massenproteste fair und unabhängig untersucht werden.

Marwan Othman

Hannover, den 18.01.2005

Tel. 0511-4500637

e-mail: marwan_othman@hotmail.com

Ein Portät von Marwan Othman

Der kurdische Lyriker und Schriftsteller Marwan Othman wurde 1959 in der Stadt Amouda im kurdischen Teil Syriens geboren. Marwan Othman gehört zur zweiten Generation kurdischer Lyriker, die die Literatur ihrer Heimat modernisiert haben.

Wie fast alle kurdischen Schriftsteller schrieb Marwan Othman unter Pseudonymen. Unter Royarê Amed wurde sein erster Gedichtband veröffentlicht, sein zweites Pseudonym ist Bêwar. Seinen ersten Gedichtband veröffentlichte er 1990 in kurdischer Sprache unter dem Titel „Blut des Rebhuhns und der Reiter der Fata Morgana“. Zwei weitere Gedichtbände sind bisher aufgrund der politischen Umstände in Syrien unveröffentlicht: „Ferne der Melancholie und ein fliehender Traum“ und „Eine zu spät gekommene Hymne“ in kurdischer Sprache. In arabischer Sprache ist von ihm noch unveröffentlicht „Die Kurdenfrage in Syrien, Dimensionen und Konsequenzen“.

1989 bis 1993 war Marwan Osman Mitherausgeber der literarisch-politischen Zeitschrift Rê (Der Weg) und 1993 bis 1998 der Zeitschrift Al Hiwar (Dialog). Sie erscheint in arabischer Sprache. Zur gleichen Zeit war er Mitbegründer und Mitherausgeber der Literaturzeitschrift Pirs (kurdisch: Die Frage) und seit 1999 auch von Kadaia Wa Hiwarat (Probleme und Dialoge); diese Zeitschrift erscheint in arabischer Sprache. Außerdem ist er seit 1999 Mitherausgeber des Parteiorgans der kurdisch-demokratischen Union Yekiti (Die Einheit).

In kurdischer Sprache zu schreiben und zu veröffentlichen, ist ein unmittelbar politischer Akt in einem „arabischen“ Land, in dem diese Sprache und ihre Kultur unterdrückt werden. Es ist der Ausdruck einer verbotenen Realität - selbst das Lesen in dieser Sprache wird tabuiert. Schreibt ein syrischer Dichter in seiner kurdischen Muttersprache ist dieses Schreiben ein Kampf zur Befreiung von Unterdrückung und so verweben sich bei Merwan Osman unmittelbar Lyrik und politische Aussage. Da Sprache eng mit der persönlichen und kollektiven Identität verknüpft ist, ist ihre Verwendung darüber hinaus ein Kampf um die eigene Identität.

Wegen des Erscheinens eines Textes - seiner ersten Veröffentlichung - war Marwan Othman 1981 eine Woche im Gefängnis. 1990 wurde er erneut für zwanzig Tage festgenommen, als sein erster Gedichtband erschien.

An drei wichtigen Aktivitäten, die die demokratische Bewegung in Syrien gefördert haben, war Marwan Othman an entscheidender Stelle beteiligt. Zum Ersten war das die Auseinandersetzung um die Legalisierung des kurdischen Neujahrsfestes (Newroz). Zum Zweiten war dies die Arbeit an der Entstehung des öffentlichen Lebens in den kurdischen Landesteilen: Merwan scheute sich nicht, Flugblätter an Punkten zu plakatieren, an denen demokratische Öffentlichkeit entstehen könnte, also dort, wo sich viele Menschen begegnen.

Die Dritte Aktion war vielleicht die bedeutendste: Merwan Othman hat eine Demonstration vor dem syrischen Parlament angeführt, in der unter anderem Freiheit für die kurdische Sprache und Kultur gefordert wurde. Wegen dieser Demonstration wurde er, gemeinsam mit seinem Parteifreund Hasan Salih, zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Durch Intervention verschiedener Menschenrechtsorganisationen, darunter Amnesty International, Gesellschaft für bedrohte Völker, PEN-Club International sowie des britischen PEN-Clubs wurden beide nach fünfzehn Monaten entlassen. Außerdem setzten sich die deutsche Regierung und die Vertretung der Europäischen Union in Damaskus für deren Freilassung ein.

Wie zuvor - auch diesmal - möchten wir an Sie appellieren, uns mitzuteilen falls Sie eine e-mail-Adresse haben, denn der Versand über e-mail ist kostengünstiger und schneller.

Wir möchten Sie gleichzeitig auf unsere web-Seiten in Deutsch und Englisch hinweisen, die interessante Beiträge enthalten. Diese Beiträge tragen nicht unbedingt unsere Meinung, sondern geben die aktuell für unser Themengebiet interessanten Diskussionen wieder. Besuchen Sie doch einmal www.kurden.de.

Ausserdem möchten wir Sie unten auf unsere neue Bankverbindung hinweisen

Mit freundlichen Grüßen.

Ihre Redaktion

ISSN 1438- 08 , Herausgeber: IMK e.V., Postfach 07 38, D-53137 Bonn,
Telefon: + 49 228 362 802,
Fax: + 49 228 363 297, e-mail: IMK-Bonn@t-online.de und imkkurds@aol.com
Besuchen sie auch unsere Website: <http://www.kurden.de>

Verantwortlicher Leiter: Abubekir Saydam

Abonnementbedingungen (pro Jahr):

- Stiftungen, Parteien, Regierungen und internationale Organisationen sowie Gremien: **Euro 92,00**
- Gerichte, Rechtsanwälte, Menschenrechtsorganisationen, Flüchtlingsberatungsstellen: **Euro 46,00**
- Förderabonnement, Einzelpersonen und kleinere Vereine: **Euro 31,00**

Bankverbindung : Bank für Sozialwirtschaft Köln, BLZ: 370 205 00, Geschäftskonto: 83457 00 Spendenkonto: 83457 01

Für Auslandsüberweisungen: BIC: BFSWDE31 IBAN: DE82 3702 0500 0008 3457 00

**Neuerscheinung: Johannes Düchting, Die Kinder des Engel Pfau –
Religion und Geschichte der kurdischen Yezidi
KOMKAR Publikation, ISBN: 3-927213-23-3, Preis: 20,00 Euro**

In Kurdistan ist eine der ältesten Religionen der Menschheit beheimatet: die Religion der Yezidi. Auf Grund von Migration und Vertreibung leben inzwischen aber auch in der Bundesrepublik Deutschland zehntausende Anhänger dieser Religion. Hier dürfte sie inzwischen nach Christen, Moslems und Juden die viertgrößte Religionsgruppe sein. Bekannt ist einer breiten Öffentlichkeit aber so gut wie nichts über sie. Lediglich von „Teufelsanbetern“ oder einer „Geheimreligion“ wird gemunkelt und alle paar Wochen verbreitet ein deutsches Montagsmagazin Schauergeschichten über die Religionsgruppe. Allenfalls weiß man noch aus der Lektüre Karls Mays, daß die Yezidi irgendwo im „wilden Kurdistan“ beheimatet sind.

Johannes Düchting, Vorstandsmitglied des Internationalen Zentrums für Menschenrechte der Kurden, berichtet in seinem im November 2004 erschienenen Werk kenntnisreich über die Inhalte der yezidischen Religion und die Geschichte des yezidischen Volkes. Der Autor zählt zahlreiche Angehörige der Religion zu seinem Bekanntenkreis und hat mehrfach die Heimatregion der Yezidi (zuletzt im September 2004 das im Nord-Irak gelegene religiöse Zentrum von Sheikh Adi) besucht. Schwerpunkt des ersten Teils des auf zwei Bände konzipierten Werkes sind die Inhalte und die Praxis der yezidischen Religion, die der Autor im Vergleich mit zahlreichen anderen kurdischen und nah-östlichen Religionen darstellt, die Einfluß auf die Yezidi-Religion genommen haben, aber auch von dieser beeinflusst worden sind. **Bestellung: beim IMK e.V.**

Neue Dokumentation: Trauma und Therapie

Erfahrungen in der psychosozialen Arbeit mit Überlebenden von Krieg und Gewalt

Mit Beiträgen von: Knut Rauchfuss, Imihan Zorlu, Hamidiye Ünal, Jutta Bierwirth, Cinur Ghaderi, Karin Griesse, Dr. med. Hubertus Adam, Dr. med. Joachim Walter, Salah Ahmad, Joachim Sobotta und Johannes Düchting Das Internationale Zentrum für Menschenrechte der Kurden und die Medizinische Flüchtlingshilfe haben in den Jahren 2002 und 2003 eine Reihe von Fortbildungsveranstaltungen für MitarbeiterInnen und KollegInnen in der Arbeit mit Kriegs- und Gewaltopfern sowie für andere beruflich motivierte InteressentInnen durchgeführt. Im Rahmen der Fortbildungsreihe stellten ExpertInnen aus unterschiedlichen Feldern der psychosozialen Arbeit ihre Erfahrungen im Umgang mit Opfern von Krieg und staatlicher Gewalt vor und referierten über Entstehungsbedingungen von Traumata, Therapiemethoden sowie über die vielschichtigen gesellschaftlichen Hindernisse in der Arbeit mit Betroffenen.

Ein Teil der Vorträge dieser Fortbildungsreihe, ergänzt um eigene Beiträge der HerausgeberInnen, haben zu diesem Buch geführt. Es soll dazu beitragen, die Diskussion um Methoden und Ziele psychosozialer Arbeit mit Überlebenden von Krieg und Folter fortzuführen.

ISBN 3 – 933881 – 19 – 6, Zu beziehen über IMK e.V., Preis: 21,-- Euro (incl. Versandkosten)

"Mord im Namen der Ehre"

Entwicklung und Hintergründe von "Ehrenmorden" – eine in Kurdistan verbreitete Form der Gewalt gegen Frauen

Eine besonders verabscheuenswürdige Form der Gewalt gegen Frauen sind die "Morde im Namen der Ehre," die bis heute im Nahen Osten und vor allem auch in Kurdistan üblich sind, ja sogar in den letzten Jahren häufiger geworden zu sein scheinen. Immer wieder werden dort Frauen ermordet, nur weil sie in Konflikt mit den rigiden herrschenden Moralvorstellungen geraten sind.

Was sind die Gründe dafür, dass zahlreiche Frauen umgebracht werden, nur um die angeblich durch sie befleckte Familienehre zu reinigen? Stehen die "Ehrenmorde" mit dem Erstarken des Islam und seinen Moralvorstellungen im Zusammenhang? Warum sind diese Morde vor allem in Kurdistan zu beobachten, handelt es sich bei ihnen etwa um eine "kurdische Tradition"? Diesen Fragen gehen in diesem Buch zwei kurdische Wissenschaftlerinnen nach. Die Rechtsanwältin Hamiyet Izol untersucht das Phänomen in den türkischen Teilen Kurdistans, Dr. Mukaddes Sahin in den irakischen Teilen des Landes, vor allem in den sog. kurdischen Selbstverwaltungs-Gebieten, die schon vor dem Sturz des Saddam-Regimes dem Zugriff des Tyrannen entzogen waren. Johannes Düchting informiert darüber, wie das deutsche Flüchtlingsrecht mit Frauen umgeht, die Gefahr laufen, in ihrer Heimat Opfer von "Ehrenmorden" zu werden.

Zu beziehen über IMK e.V. Preis: **12,-- Euro (incl. Versandkosten)**